

Herr Ratsvorsitzender,  
Herr Bürgermeister,  
Liebe Ratskolleg\*innen,  
Meine Damen und Herren,

Es sind keine einfachen Zeiten auf der Welt, aber wann waren diese schon einfach?

**Wir bleiben im Krisenmodus:** Erst eine weltweite Pandemie, dann der barbarische Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und dessen Auswirkungen. Nun ein weiterer Krieg: nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel der Gegenschlag im Gazastreifen. Droht bald ein Flächenbrand im Nahen Osten? Ausbreitung und Auswirkungen dieses blutigen Konfliktes auf unsere Gesellschaft **offen**. Angesichts dieser zahlreichen Konflikte, denen täglich tausende Menschen weltweit zum Opfer werden, sterben oder die Flucht ergreifen – **sind unsere Probleme insbesondere vor Ort da nicht „Luxusprobleme“?**

Wir beschließen heute einen Haushalt, der bei Einbringung im Ergebnishaushalt ein Defizit von 4,7 Millionen Euro aufgewiesen hat. **Also: Handlungsbedarf!**

Die Ursachen liegen auf der Hand: Höhere Kosten für unser Personal, die seit 2015 um insgesamt 31% gestiegen sind und im kommenden Jahr um weitere 10% steigen werden. Dazu kommen inflationsbedingte Erhöhungen: Der Verbraucherpreis-index ist seit 2015 um 24% gestiegen, in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils 6-7%. Ursachen, die außerhalb der kommunalen Verantwortung liegen.

Für das kommende Haushaltsjahr können wir die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen, die durch die Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Mehrdefizite nicht ausgleichen zu müssen. **Allein diese beiden Posten liegen bei 3,35 Millionen Euro.** Die verbleibende Lücke von 1,35 Millionen Euro haben wir als Kommune auszugleichen. Entweder, wir setzen ein Sicherungskonzept auf und beginnen, auf freiwillige Leistungen zu verzichten und jeden Euro viermal umzudrehen. Oder: Wir erhöhen unsere Einnahmen – also erhöhen die Steuern! Klingt nach schlankem Fuß...

Steuererhöhungen sind aber nie einfache oder gar leichtfertige Entscheidungen – auch in diesem Rat nicht! Es wäre deutlich angenehmer mich hierhin zu stellen und gegen eine Erhöhung zu argumentieren. Aber die SPD-Ratsfraktion will angesichts der Herausforderungen, die vor uns liegen, dass die Stadt - zumindest kurzfristig - handlungsfähig bleibt.

Wir werden, meine Damen und Herren, heute erneut eine Gruppe Bürgerunion/FDP hören, die mit ganz einfachen Sprüchen wie **“Wir würden den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen, während Bund und Land nichts machen würden”**, um die Ecke kommen und seit Jahren dieselbe Analyse vortragen, aber keine konkreten realpolitischen Vorschläge machen. Um es eindeutig zu sagen: Niemand zieht den Menschen wahllos Geld aus der Tasche, sondern wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt, auch wenn das schwierig für uns alle sein kann. Populistische Rhetorik ist mindestens problematisch.

**Liebe Ratskolleg\*innen: lasst uns daher in solchen Debatten sehr genau die Wirkung unserer Worte bedenken.**

Schauen wir uns die Steuererhöhungen konkreter an, bekommen wir ein Gefühl in welchem Zahlenbereich wir uns wirklich befinden. Erhöhen wir die Grundsteuer um jeweils 80 Punkte, so bedeutet das für ein **normales Einfamilienhaus 63 Euro mehr im Jahr**. Erhöhen wir die Gewerbesteuer um 40 Punkte bedeutet dies Mehrbelastungen zum Beispiel für Kleingewerbetreibende, **Imbisse oder kleinere Handwerksbetriebe von 40 bis 600 Euro im Jahr**. Über die Spielgerätesteuern besteht unserer Wahrnehmung nach kein Diskussionsbedarf. Über die Erhöhung der **Hundsteuer um 24 Euro im Jahr** brauchen wir ebenfalls nicht zu diskutieren, insbesondere weil die letzte Erhöhung Jahrzehnte her ist und wir deutlich unter dem Durchschnitt in unserem Bundesland liegen.

Wir freuen uns auch, dass die Verwaltung die Kalkulation einer Tourismusabgabe auf den Weg gebracht hat und damit vielleicht mit Verabschiedung einer entsprechenden Satzung im kommenden Frühjahr sogar noch für den HH 2024 eine Verbesserung der Einnahmesituation bewirken wird.

Fest steht: **Unsere Stadt muss Prioritäten bei Planungen und Investitionen setzen, um auf Sicht fahren zu können**. Es zeigt sich, dass wir viele Projekte und Planungen gleichzeitig auf der Tagesordnung haben - aber keines so richtig erkennbar vorankommt. Das wirkt sich nicht nur auf die Enttäuschung von Bürger\*innen unserer Stadt und ihren Erwartungen einer schnelleren von Umsetzung von Projekten aus, sondern auch auf die Arbeit im Stadtrat. Dass Fraktionen 3-mal mehr überlegen müssen, ob Sie überhaupt einen Antrag stellen aufgrund der offenen Baustellen, darf kein Zustand sein und gefährdet die Funktionsfähigkeit des Stadtrates. **Wir fordern deshalb einmal mehr eine Prioritätensetzung, die für unsere Stadt notwendig ist**.

Es bedarf auch einer Klarheit wie es mit der Sanierung der Innenstadt weitergehen wird und welche Projekte eigentlich welchem Förderprogramm zuzuordnen sind. Manch einer im Rat verliert den Überblick bei den vielen Planungen, Arbeitsgruppen und Projekten.

Als Stadt investieren wir so intensiv wie selten zuvor in unsere Bildungspolitik und das ist notwendig, denn die Bildung unserer Kinder bleibt eine Selbsthilferessource unserer Demokratie. Wir werden die Wilhelm-Busch-Grundschule neu bauen und damit einen überfälligen Schritt gehen, da diese Schule aus unserer Sicht viel zu oft hinten rausgefallen ist. Die Hermann-Billing-Schule erhält einen Anbau. Nicht geklärt bleibt, wie und bis wann der verpflichtende Ganztagsunterricht räumlich an der Freudenthalschule umgesetzt werden kann bzw. soll. Offen ist ebenso, was aus der ehemaligen Schule am Buchhopsweg wird und welche Perspektive wir uns als Stadt hier vorstellen können. Auch in die frühkindliche Bildung investieren wir mit zwei neuen Kitas und werden in Zukunft nicht drum herumkommen weitere neue Kitas und Krippen zu planen. Jedoch müssen wir langfristiger Planen, um auf neue Übergangskitas verzichten zu können, die aktuellen Vorschläge die bestehenden zu verlängern, bereitet nicht nur uns Bauchschmerzen.

Als SPD-Fraktion beobachten wir eine breit aufgestellte Jugendarbeit in Soltau, die mit dem neuen Träger Generation Z auf neue Beine gestellt wurde. Wir müssen insbesondere die Arbeit im Jugendzentrum aufrechterhalten und eng unterstützen. Die Erneuerung der Skaterbahn ist ebenfalls eine gute Entscheidung, auch wenn die Kosten manch einem Ratsmitglied Bauchschmerzen bereiten, auch in unseren

Reihen. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass der Altbürgermeister dieses Thema nicht anfassen wollte. Schon in meiner zweiten Ratssitzung im Jahre 2016 habe ich auf den desolaten Zustand dieser Bahn hingewiesen und wurde ignoriert. **Gut, dass wir dieses Vorhaben umgesetzt haben, schlecht, dass es 7 Jahre gedauert und damit zu erheblichen Mehrkosten geführt hat.**

Auch der ÖPNV wird in Zukunft eine größere Rolle einnehmen, da der Blick auf den ländlichen Raum durch Bund und Land stärker wird wie beispielsweise bei der Reaktivierung der Bahntrassen nach Lüneburg und Celle. Diesen Projekten stehen wir positiv gegenüber, weil Menschen dadurch mehr auf den motorisierten Individualverkehr verzichten und mehr auf klimafreundliche Verkehrsmittel zurückgreifen können. **Allerdings ist die seit Jahren andauernde problematische Situation der Heidebahn derzeit kein gutes Beispiel für eine gelungene Umsetzung.** All diese Maßnahmen setzten allerdings eine baldige Lösung der Bahnquerungen an der Walsroder und der Celler Str. voraus. Das neue Verkehrsgutachten wird dies sicher noch einmal bestätigen.

Apropos Verkehr, ein gutes Stichwort für ein weiteres wichtiges Thema.

Im Dezember vergangenen Jahres hat eine Mehrheit von CDU, BU/FDP und AfD entgegen der Haltung des Bürgermeisters und seiner Verwaltung, der SPD und der Grünen-Fraktion die Straßenausbaubeiträge ersatzlos abgeschafft. **Dies hat Folgen für die Straßen unserer Stadt:** Wir werden in den nächsten Jahren keine Investitionen aus eigener Hand in die Sanierung von Straßen einplanen können.

Dies zeigt nochmal deutlich: Die STRABS ersatzlos abzuschaffen, führt heute und in Zukunft nur zu mehr Problemen und sorgt entgegen der Meinung einiger selbst ernannter Finanzexpert\*innen in den Reihen des Rates für **eine finanzielle, massive Mehrbelastung** für die Stadt. Noch immer haben wir für die Weinligstraße keine Entscheidung getroffen, dies ist dringend notwendig angesichts einer desaströsen Straße und dem Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. **Ich kündige deshalb für die SPD-Fraktion an, dass wir die Sanierung der Weinligstraße beantragen werden.**

Anrede,

Politik muss langfristig denken und dementsprechend handeln. Wir müssen die Voraussetzungen für weitere Ansiedlung von Gewerbe schaffen. Daher sind wir froh darüber, dass die AWS mit ihrer Arbeit einen entscheidenden Faktor in der Entwicklung unserer Stadt spielt, die wir als SPD vollumfänglich weiter unterstützen werden. Die Ansiedlung von weiteren Gewerbebetrieben wird für mehr Arbeitsplätze sorgen. Arbeitnehmer\*innen sollten aber auch Wohnraum in Soltau finden. Daher ist die Ausweisung neuer Wohngebiete mit entsprechenden Angeboten wichtig. Im vorliegenden Wohn- und Gewerbegebietskonzept finden wir dazu eine hervorragende Grundlage.

Soltau ist und bleibt eine liebens- und lebenswerte Stadt. Dazu kann für Gäste, Jugendgruppen unter anderem auch wieder eine Jugendherberge beitragen. Wir freuen uns, dass hier die Verwaltung parallel zu unseren Überlegungen bereits eigene „Pflöcke“ eingeschlagen hat.

Die Gruppe Bürgerunion/FDP wünscht eine Vertagung der HH-Verabschiedung in den Januar des nächsten Jahres. Ändert sich bis dahin etwas Entscheidendes an der desolaten HH-Situation? **Wohl kaum.** Übrigens: die 3,35 Mio Euro Defizit, die wir aufgrund der Sonderregeln wegen Corona und Ukraine für einen HH-Ausgleich „vernachlässigen“ dürfen – **sie bleiben bei uns im HH als Defizit!**

**Die sind nicht einfach so weg und in den nächsten Jahren kommen noch höhere Defizite aus uns zu!**

Wir wollen die Verwaltung stützen und einen genehmigungsfähigen Haushalt 2024 rechtmäßig verabschieden, damit wir zumindest unseren Spielraum für die Herausforderungen 2024 behalten. In den Beratungen des Finanzausschusses waren sich alle Fraktionen einig, dass zu Beginn des neuen Jahres die Arbeit an einer Konsolidierung künftiger Haushalte auf uns zukommt.

**Die Arbeit hat also gerade erst begonnen.**

Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich abschließend bei der Fachgruppe 20, namentlich Herrn Holldorf und Frau Schlote bedanken für eine sehr konkrete und verständliche Arbeit in den Ausschüssen - aber auch bei Nachfragen. Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Stadttöchter für ihre engagierte Arbeit. Herrn Bürgermeister Klang und dem ersten Stadtrat Karsten Lemke danken wir für vertrauensvolle Gespräche und die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr.

**Die SPD-Fraktion steht hinter der Verwaltung und wird dem Haushalt mit den geplanten Steuererhöhungen zustimmen.**

Herr Vorsitzender,  
Meine Damen und Herren,

Erlauben Sie mir zum Schluss zwei persönliche Bemerkungen:

insbesondere als neuer Fraktionsvorsitzender ist es für mich wahrlich keine einfache Aufgabe, in die Fußstapfen meines Vorgängers Harald Garbers zu treten. Ich bin sehr erleichtert, dass Du, Harald, Dich auch weiterhin mit Ideen und Meinung in diesen Rat einbringst und mir mit viel Rat zur Seite stehst. Du hast den Vorsitz der SPD-Fraktion im Jahre 2008 in einer schwierigen parteiinternen Zeit übernommen und sie wieder Arbeitsfähig gemacht. Mit viel Ruhe hast du in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Fraktionen immer für das Wohl der Stadt gearbeitet und dabei nie eine Parteifahne hochgehalten. Nach 15 Jahren hast du erklärt, auf eine weitere Wahlperiode als Fraktionsvorsitzender verzichten zu wollen und auf einen Generationenwechsel gesetzt. Auch wenn du uns zum Glück als Ratsherr erhalten bleibst, möchte ich mich für deine engagierte Arbeit der letzten Jahre als Fraktionsvorsitzender für unsere Heimatstadt vom ganzen Herzen Bedanken.

Die zweite persönliche Bemerkung bezieht sich auf die ersten Sätze meiner Rede, dass wir in herausfordernden Zeiten leben. Mit dem Angriff der Terrormiliz Hamas auf Israel und den Reaktionen in Deutschland ist einmal mehr deutlich geworden, dass Antisemitismus in diesem Land noch immer zu viel Raum findet. **Bei unseren Nachbarn in den Niederlanden hat gerade eine rechte Partei bei den**

**Parlamentswahlen die Mehrheit bekommen;** und bei uns liegen rechtsradikale Parteien in Umfragen bei 20 Prozent, in Ostdeutschland sogar um die 30 Prozent.

Wenn Parteien, die eine 180-Grad Wende in der Erinnerungspolitik fordern und das Mahnmal zum Gedenken an die ermordeten Jüd\*innen Europas in Berlin ein Mahnmal der Schande nennen, sollten wir alle besorgter denn je um unsere historische Verantwortung und unsere Demokratie sein. **Wer das Gedenken an das schwerste Verbrechen der Menschheit eine Schande oder einen Vogelschiss nennt, leugnet eben diese historische Verantwortung und kennzeichnet sich damit selbst nicht als Alternative, sondern als eine Schande für unser Land.**

Wir benötigen mehr denn je eine klare Haltung aller demokratischen Fraktionen.

Wir begrüßen daher den Schritt unseres Ratsvorsitzenden, die Gedenkarbeit an jüdisches Leben in Soltau breiter aufzustellen und mit Historiker\*innen umfassender zu gestalten als bisher.

Beweisen wir, dass wir die beiden Worte „Nie wieder“, die heute in mehreren Sprachen in den ehemaligen Vernichtungslagern Treblinka und Dachau in Steine gehauen sind, ernster nehmen als jemals zuvor.

Nie wieder muss jetzt sein.

Vielen Dank.